



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

90. Sitzung am 23. und 24. November 2011

in Hildesheim

Beschlüsse

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Zu TOP 1 b)

Das Protokoll der 89. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung wird genehmigt.

Zu TOP 1 c)

Die Tagesordnung für die 90. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz wird genehmigt.

TOP 3

AG „Maschinell geführtes Grundbuch“

- a) Stand des Projektes bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch
- b) Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Akte in Grundbuchsachen, Gemeinsame Benutzerverwaltung

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Maschinell geführtes Grundbuch zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.

TOP 5

Entwicklung des bundesweiten sowie des europäischen Justizportals

1. Entwicklungen und Erweiterungen
 - a) Rechtlich-organisatorischer Teil des Identitätsmanagements (S.A.F.E. / D.I.M.)
 - b) Elektronische Kostenmarke
2. Bereitstellung von Online-Formularen (mit Präsentation)
3. Inhaltliches Angebot
 - a) Justizauktion
 - b) Insolvenzbekanntmachungen
 - c) Elektronische Gerichtstafel
 - d) Web-Services zur Datenübermittlung
 - e) Grundbuchportal
 - f) ZVG - Portal
 - g) Rechtsdienstleistungsregister
 - h) Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank
4. Redaktionelle Arbeiten
5. Kosten des Justizportals und der Fachportale

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der darin geschilderten Aktivitäten.**
- 2. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz billigt das „Grobkonzept zur Bereitstellung von Online-Formularen im Justizportal des Bundes und der Länder“ in der Version 1.00 und bittet die Arbeitsgruppe, das neue Formularangebot zum 01.02.2012 freizuschalten, soweit bis zum 15.01.2012 von keinem Bundesland fachliche Einwände erhoben werden. Ferner bittet sie die Arbeitsgruppe, die von der Unterarbeitsgruppe „Online-Formulare“ vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen zu lassen (u.a. den elektronischen Auftrag zur Zwangsvollstreckung gemäß § 829a ZPO).**



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

90. Sitzung am 23. und 24. November 2011

in Hildesheim

Beschlüsse

- 3. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt das durch die AG „Europa“ ausgearbeitete Redaktionskonzept für das Europäische E-Justizportal zustimmend zur Kenntnis und bittet seine Mitglieder, entsprechend dem Konzept zu verfahren.**

TOP 8

Themenschwerpunkt „Elektronischer Rechtsverkehr / elektronische Akte“

- a) Stand der E-Justice Bundesratsinitiative
- b) Gemeinsame Strategie zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte
- c) Stand des Projektes elektronische Akte in Strafsachen im BMJ
- d) Bericht der Arbeitsgruppe „elektronischer Rechtsverkehr“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

zu Nr. 8 b):

- 1. Die Bund-Länder-Kommission stimmt dem Entwurf des Projektauftrages „Koordinationsprojekt zur Umsetzung der ERV-Gesamtstrategie“ und einer Veröffentlichung der ERV-Gesamtstrategie zu.**
- 2. Sie ersucht den BLK-Vorsitzenden, die Amtschefinnen und Amtschefs um Zustimmung bis zum 31.12.2011 zu dem Entwurf des Projektauftrages und einer Veröffentlichung der Strategie zu bitten.**
- 3. Hessen wird gebeten, nach Zustimmung der Amtschefinnen und Amtschefs die Federführung zu übernehmen und zur Frühjahrssitzung der BLK einen Sachstandsbericht vorzulegen.**

zu Nr. 8 d):

Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Elektronischer Rechtsverkehr zur Kenntnis und bittet um Fortführung der aufgezeigten Aktivitäten.

TOP 11

AG „Maschinell geführte Register“

- a) Stand der Ausschreibung der Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens „regisSTAR“ - Beitritt der Länder des AUREG Verbundes
- b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern
- c) Bericht über Verlauf und Ergebnisse der „European Commercial Register Forum (ECRF)“ - Konferenz vom 19. - 22.06.2011 in Bonn
- d) Bericht der Arbeitsgruppe

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführte Register“ zustimmend zur Kenntnis und bittet um Fortführung der dargestellten Aktivitäten.

TOP 12

Stand beim Europäischen Mahnverfahren

- a) Fallzahlen und Entwicklung
- b) Erfahrungen aus dem laufenden Betrieb
- c) Planungen zur Weiterentwicklung

Stand der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung -
Förderung im Rahmen von E-Codex?)

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die BLK nimmt den Bericht der Landesjustizverwaltung Berlin zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.

TOP 14

AG „Vollstreckungsportal“

Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Reform der Sachaufklärung

- a) RVOen des BMJ
- b) Lösungen für die Gerichtsvollzieher

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Vollstreckungsportal“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.**
- 2. Das Bundesministerium der Justiz wird darauf hingewiesen, dass angesichts der bestehenden Unklarheiten über den Inhalt der notwendigen Rechtsverordnungen die zeitgerechte technische Umsetzung der Reform gefährdet ist.**
- 3. Die „Bund-Länder-Kommission“ bittet ihre Arbeitsgruppe „Vollstreckungsportal“, einen Katalog der fachlichen Anforderungen für die Kostenbehandlung sowie einen Fragenkatalog zu den klärungsbedürftigen Inhalten der ausstehenden Rechtsverordnungen zu erstellen. Die „Bund-Länder-Kommission“ bittet das Vorsitzland, diesen Fragenkatalog auf Amtsebene an das BMJ zu übermitteln.**

TOP 15

Schaffung eines zentralen Testamentsregisters

- a) Sachstand der Arbeitsgruppe „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“
- b) Arbeiten zur Umsetzung in den Ländern

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“ zustimmend zur Kenntnis und bittet um Fortsetzung der Aktivitäten.

TOP 16

AG „IT-Standards in der Justiz“

- a) Sachstand der Umsetzung von S.A.F.E.
- b) XJustiz, Releaseplanung und XÖV
- c) Bericht Co-Vorsitz LK EGVP

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1.

1a)

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der BLK-AG „IT-Standards in der Justiz“ zustimmend zur Kenntnis.

1b)

Die BLK- AG „IT-Standards in der Justiz“ wird ermächtigt, maximal 180 PT externe Beratung (entspr. max. XXXXXXXXXXXX inkl. MwSt.) für das Jahr 2012 für die Unterstützung des LK EGVP und der BLK-AG „IT-Standards in der Justiz“ zu beauftragen und den Einsatz zu koordinieren.

Der Bund beteiligt sich an den Kosten i. H. von 1%, die verbleibenden Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.

2. Umsetzung S.A.F.E.:

2 a)

Die BLK- AG „IT-Standards in der Justiz“ wird beauftragt, den CR zur S.A.F.E. Version 1.5 zur Anbindung des nPA (neuer Personalausweis), dessen Umsetzung ab Herbst 2011 erfolgen soll und dessen Gesamtkosten ca. € XXXXXXXX betragen, weiter mit dem BMI / IT-Planungsrat hinsichtlich der bereits signalisierten Kostenübernahme abzuklären.

Beschlüsse

2 b)

Die BLK beauftragt die BLK-AG „IT-Standards in der Justiz“ aus Zeitgründen mit der Umsetzung der ersten Teilschritte des CR zur S.A.F.E. Version 1.5 i.H. von 49 PT.

2 c)

Die BLK beauftragt die BLK-AG „IT-Standards in der Justiz“, den Aufbau und den Betrieb einer Testumgebung für S.A.F.E. bei IT-NRW entsprechend dem von IT-NRW angebotenen Leistungsszenario 2 für 2012 in die Wege zu leiten.

Die Gesamtkosten i.H. XXXXXXXXX € werden nach dem relativen Königsteiner Schlüssel auf die Landesjustizverwaltungen ohne das Land Bayern umgelegt.

Die BLK-AG IT-Standards wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit die im Rahmen des EGVP bei IT-NRW aufgesetzten Testumgebungen zukünftig zur Kostenreduktion als S.A.F.E.-Testumgebung mit genutzt werden können.

3 . Technisch-organisatorische Anforderungen an die elektronische Kommunikation:

Die BLK- AG „IT-Standards in der Justiz“ wird beauftragt, die OT-Leit-ERV-Anlage 1, VI. Übertragungswege um den neuen Punkt 3. „Nutzung von Webservices“ zu ergänzen und in Abstimmung mit der BLK-AG ERV die Veröffentlichung zu veranlassen.

TOP 17

Sachstandsberichte der Arbeitsgruppen:

- a) „Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZStV)“
- b) „EDV-Gerichtstag“
- c) „ADV-Sachkommission im Strafvollzug“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

zu b)

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „EDV-Gerichtstag“ zur Kenntnis.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

90. Sitzung am 23. und 24. November 2011

in Hildesheim

Beschlüsse

Die **Frühjahrsitzung 2012** der BLK wird am 9. und 10. Mai 2012 in Schleswig stattfinden.

Die **Herbstsitzung 2012** der BLK wird am 7. und 8. November 2012 in Thüringen stattfinden.